

FR|KLIMA

Damit politische Bewegungen Erfolg haben, brauchen sie oft positive Botschaften, die Menschen zu **Aktivismus inspirieren**. Angesichts katastrophaler Aussichten fällt das der Klimabewegung schwer.

Wie Gesellschaften, aktivistische Bewegungen und politische Institutionen in der Lage sind, auf langfristige Herausforderungen zu reagieren, ist ein wichtiges Thema für Politische Philosophie. Jakob Huber befasst sich damit.

Herr Huber, das politische Motto „Yes, we can“ ist aus der Mode gekommen, gerade auch beim Thema Klimaschutz. Stattdessen heißt es, „Drill, baby, drill“. Müssen wir uns damit abfinden, dass andere Themen Vorrang haben, obwohl es sich um eine der wichtigsten Menschheitsfragen handelt?

Nein, keinesfalls. Dieser Umschwung ist selbst Teil des Problems. In meiner Forschung zeige ich, dass Demokratie auf der Fähigkeit beruht, sich als gemeinsame Gestalter der Zukunft zu verstehen. Wenn diese Hoffnung verloren geht, verliert die Demokratie ihre Grundlage. Das Fatale: Hoffnungslosigkeit wird zur selbst-erfüllenden Prophezeiung. Wenn wir beim Klimaschutz resignieren, weil es ohnehin zu spät sei, dann wird es tatsächlich zu spät.

Wie ist dieser Umschwung zu erklären? Noch vor ein paar Jahren gab hierzulande die Fridays-for-Future-Bewegung den Ton in der öffentlichen Debatte an, und die Grünen galten als kanzleramtsfähig ...

Die Klimabewegung hat zwar Aufmerksamkeit geschaffen, aber keine überzeugende Vision einer lebenswerten klimaneutralen Zukunft vermittelt. Stattdessen dominierten Apokalypserhetorik und Verzichtsforderungen. Menschen brauchen aber nicht nur die Warnung vor der Katastrophe, sondern auch eine Vorstellung davon, wofür es sich zu kämpfen lohnt. Die Grünen galten als kanzlerfähig, solange sie Hoffnung verkörperten. Diese ist verloren gegangen, auch weil die Ampel-Bundesregierung keine gemeinsame positive Vision für die sozial-ökologische Transformation hatte.

Umwelt und Klima lösen bei vielen sogar Aggressionen aus, besonders ist das in Ostdeutschland zu spüren. Lässt sich das noch umdrehen?

Die Aggressionen sind auch Ausdruck von Hoffnungslosigkeit. Wenn Menschen das Gefühl haben, dass Klimapolitik „von oben“ oktroyiert wird, ohne dass sie sich als Mit-Gestalter verstehen können, entsteht Widerstand. Das ist ein demokratisches Legitimitätsproblem. In meiner Forschung arbeite ich daher am Konzept einer „diachronischen Demokratie“: Bürger müssen sich als gemeinsame Autoren ihrer Zukunft begreifen können. Wenn Klimapolitik so kommuniziert wird, als würden Experten den anderen vorschreiben, wie sie zu leben haben, untergräbt das genau dieses Selbstverständnis. Umdrehen lässt sich das nur, wenn wir Klimapolitik als gemeinsames demokratisches Projekt neu rahmen – nicht als Zwang, sondern als kollektive Gestaltungsaufgabe.

Aber taugt das Klimathema überhaupt, um den Menschen



Klimaaktivistinnen und -aktivisten demonstrieren Mitte November in Berlin.

CHRISTIAN DITSCH/EPD

„Wir brauchen Zukunftsvisionen, die Hoffnung machen“

Der Philosoph Jakob Huber über inspirierende politische Botschaften, Widerstände und Institutionen, die mit der Klimakrise umgehen können / Interview von Joachim Wille

Hoffnung zu vermitteln? Tatsächlich steuert die Welt der Zeit ja doch auf einen Drei-Grad-Erwärmungspfad zu, der durchaus zu einer Klimakatastrophe führen würde.

Wir dürfen die Augen nicht vor der dramatischen Lage verschließen. Negative Emotionen wie Angst vor der Klimakatastrophe können uns durchaus helfen, überhaupt ins Handeln zu kommen. Aber langfristig reicht das nicht. Wir brauchen Zukunftsvisionen, die Hoffnung machen. Die klimaneutrale Zukunft muss nicht nur als Vermeidung der Katastrophe dargestellt werden, sondern als erstrebenswerte Lebensform positiv vorstellbar sein. Die zentrale Frage sollte sein, wie wir eigentlich leben wollen. Wünschen wir uns nicht Städte mit sauberer Luft, in denen Kinder gefahrlos spielen können? Wollen wir nicht Arbeit, die sinnvoll ist und zur Lösung echter Probleme beiträgt? Der Drei-Grad-Pfad macht Hoffnung schwer, aber nicht unmöglich. Gerade weil noch vieles offen ist, können unsere Handlungen einen Unterschied machen

Alle Parteien außer AfD und BSW bekennen sich zum Klimaschutz. Wieso verhalten sie sich dabei so defensiv?

Die Parteien haben Angst, Wähler zu verlieren. Diese Defensivität ist aber kontraproduktiv – sie sendet die Botschaft, dass die Parteien selbst nicht daran glauben. Wenn politische Akteure keine klare Richtung mehr weisen, verlieren Menschen die Orientierung. Die Parteien bräuchten Mut zu einer positiven Vision –

nicht als utopische Blaupause, sondern als demokratisch zu verhandelndes Zukunftsprojekt. Das bedeutet auch Ehrlichkeit über Zielkonflikte, aber mit der klaren Aussage, dass die Kosten des Nichthandelns noch viel höher sind.

Wie sollte die Politik das Thema anpacken, damit es bei den Menschen ankommt?

Drei Dinge sind zentral: Erstens brauchen wir positive Visionen statt reiner Verzichtsrhetorik. Wie sieht das gute Leben in 2045 aus? Das muss konkret vorstellbar werden. Zweitens braucht es echte demokratische Teilhabe statt Experten-herrschaft. Bürger müssen die Zukunft mitgestalten können. Und drittens braucht es Mut zur langfristigen Erzählung – Politik muss über Legislaturperioden hinaus denken und eine kohärente Geschichte liefern, wie wir von hier nach dort kommen.

ZUR PERSON



Jakob Huber leitet am Philosophie-Institut der FU Berlin die Forschungsgruppe „Democratic Hope“, die von der Volkswagen-Stiftung finanziert wird. Er hat in Berlin, London und Oxford studiert, 2017 an der LSE promoviert und an der Uni Frankfurt gearbeitet. jw/Foto: privat

Braucht es charismatische Politiker wie Barack Obama oder früher Willy Brandt, um die Wende zu schaffen? Gibt es in Deutschland jemanden, der das leisten könnte?

Charisma hilft, aber es ist nicht die Lösung. Obamas „Yes, we can“ wirkte, weil es Menschen ein Gefühl kollektiver Handlungsfähigkeit gab. Aber Charisma allein reicht nicht – es braucht auch institutionelle Strukturen und eine demokratische Kultur, die Hoffnung trägt. In Deutschland fehlt es aus meiner Sicht aktuell an Personen, die eine solche inspirierende Vision glaubwürdig verkörpern. Aber das Problem ist tiefer: Unsere politische Kultur ist hoffnungsskeptisch geworden. Wer Visionen formuliert, wird schnell als naiv abgetan.

Was hat der Grünen-Politiker Robert Habeck falsch gemacht, dass er vom Hoffnungsträger zum Buhmann wurde?

Habeck wurde zum Buhmann, weil er zwar als Hoffnungsträger startete, dann aber vor allem als Verwalter von Krisen und Überbringer schlechter Nachrichten wahrgenommen wurde. Das zentrale Problem war, dass die Ampel keine gemeinsame positive Vision hatte. Stattdessen gab es Kleinklein, Kompromisse, Rückzieher – und ein schlecht kommuniziertes Heizungsgesetz. Habeck hätte eine konsistente Erzählung gebraucht, die auch Rückschläge als Teil eines längeren Weges einordnet – nicht als Scheitern.

Braucht es neue politische Institutionen anstelle von Bundestag oder Bundesrat, um lang-

fristige Themen wie Klima besser behandeln zu können?

Ja, definitiv. Wir brauchen Institutionen, die die zeitliche Dimension demokratischer Selbstbestimmung stärken. Das könnten Zukunftsräte oder Bürgerversammlungen sein, die sich gezielt mit langfristigen Fragen befassen, oder Generationenvertretungen, die zukünftigen Generationen eine Stimme geben. Wichtig ist: Diese Institutionen dürfen nicht als technokratische Expertengremien missverstanden werden, sondern müssen demokratische Legitimität haben und das Gefühl kollektiver Autorschaft stärken.

Herr Huber, wie sieht Ihre positive Vision für ein umwelt- und klimafreundliches Deutschland aus?

Ich bin vorsichtig damit, eine fertige Vision vorzugeben – genau das ist ja Teil des Problems. Aber man kann Elemente skizzieren: Städte, in denen man wieder atmen kann und Kinder eigenständig mobil sind. Industrie, die durch Innovation im Klimaschutz Wettbewerbsvorteile gewinnt, statt nur Kosten zu fürchten. Energieunabhängigkeit, die echte Sicherheit bedeutet. Arbeit in Sektoren, die zukunftsfähig sind. Entscheidend ist aber, dass solche Visionen demokratisch entwickelt, nicht von Experten oder Politikern vorgegeben werden. Es geht darum, einen Prozess zu schaffen, in dem Bürger gemeinsam aushandeln, wie diese Zukunft konkret aussehen soll. Nur dann entsteht das Gefühl, dass es wirklich unsere Zukunft ist, für die es sich zu kämpfen lohnt.

ÖKO-LOGISCH

Kritische Verspätung

Die EU verschlafft die eigene Versorgung



Von Rainer Griefshammer

Bei kritischer Beurteilung der Rohstofflage hätte die EU schon längst die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sicherstellen müssen. Nun wehrt sie sich verzweifelt gegen potenzielle Lieferstopps. Ein besonders eklatantes Beispiel ist Neodym, das vor allem für die Herstellung starker Permanentmagnete in Elektromotoren und Windkraftanlagen eingesetzt wird. Große Lagerstätten gibt es in Australien, China und den USA. Bei der Aufarbeitung von Erzen mit Neodym müssen erhebliche Mengen des im Erz ebenfalls enthaltenen radioaktiven Thoriums und Urans entsorgt werden. Das hat die EU gerne China überlassen und ist nun überrumpelt, dass die Volksrepublik den Weltmarkt dominiert und die EU erpressen kann. Das gilt auch für weitere kritische Rohstoffe.

Zwar kann Klimaschutz rund ein Drittel des deutschen Rohstoffbedarfs reduzieren, vor allem im Gebäudebereich (Vorrang für Sanierungen und Wohnungsteilungen statt Neubau) und bei der Mobilität (höhere Nutzung von ÖPNV, Bahn, Carsharing und E-Bikes). Aber gleichzeitig steigt bei Elektroautos, Windkraft und Photovoltaik der Bedarf an kritischen Rohstoffen wie etwa Neodym, Lithium und Kobalt.

Bei der Entsorgung von Photovoltaik- und Windkraftanlagen gibt es hohe Recyclingquoten beispielsweise für Aluminium, Glas, Stahl und Beton, aber noch nicht für die kritischen Metalle. Bei den Autobatterien könnte die Rohstoffeffizienz erheblich gesteigert werden. Erstens durch bidirektionales Laden – das spart externe Stromspeicher und das Abregeln von Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Zweitens durch die Weiterverwendung ausgedienter Autobatterien in stationären Speichern von Photovoltaikanlagen. Dafür müssten die Autofirmen ihre batteriediagnostischen Daten bereitstellen. Aber eine Weitergabe der Daten zu verbliebener Kapazität, Zahl der Ladezyklen und unerwünschten Überhitzungen sehen die Autohersteller kritisch.

Die EU hat in dieser Woche endlich Strategieprogramm (ResourceEU) wie Vorratslager (!) mit kritischen Rohstoffen angekündigt. Aber das genügt nicht. Zusätzlich muss ab sofort die Datenweitergabe und die Sammlung und Aufbereitung der ausgedienten Elektromotoren und Autobatterien vorgeschrieben werden.

Rainer Griefshammer ist Autor und Vorstand der Stiftung Zukunftserbe.